



Protokollauszug zum BILDUNGS- UND SOZIALAUSSCHUSS

am Mittwoch, 19.03.2025, 17:00 Uhr, Rathaus, Sitzungssaal

ÖFFENTLICH

TOP 1 Bericht LudwigsTafel
 - mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** begrüßt alle Anwesenden und eröffnet die Sitzung des Bildungs- und Sozialausschusses.

Der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport führt anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, in den Tagesordnungspunkt ein und erläutert die finanzielle Zuschussituation. Er betont, dass die Stadt in engem Austausch mit der Tafel stünde.

Der **Geschäftsführer** der LudwigsTafel führt in der Präsentation fort und berichtet über die Arbeit der LudwigsTafel. Vor ca. 30 Jahren seien die Tafeln gegründet worden, um Lebensmittel zu retten und an Bedürftige zu verteilen. In Ludwigsburg seien 1.300 Tafelausweise (an Haushalte) vergeben worden, dahinter stünden ca. 3.500 Menschen. Pro Woche werden in Ludwigsburg ca. 10 Tonnen verderbliche Lebensmittel (Obst, Gemüse, Backwaren und Kühlprodukte) eingesammelt, Lebensmittelpenden nicht mitgerechnet. Industrielle Großspenden werden über ein Lager in Schwieberdingen in die Landkreise Waiblingen und Heilbronn verteilt. Im Landkreis Ludwigsburg werden die Lebensmittel an die Tafeln in Vaihingen, Ditzingen, Bietigheim-Bissingen und Marbach weitergegeben. Aufgrund der großen Kundenanzahl mussten Einschränkungen vorgenommen werden und die Kunden können nur einmal pro Woche in der LudwigsTafel einkaufen. Die LudwigsTafel sei mit 3 Fahrzeugen unterwegs und fahren pro Tag ca. 40 Supermärkte und Bäckereien an. Die Waren werden zu einem 10tel des Verkaufspreises weiterverkauft. Die Ausgabe der Ware werde rationiert, je nach Größe des Haushaltes und nach Kategorie. Die Tafel sei an der Favorite Mango beteiligt und verpacke diese selbst. Das nächste große Projekt sei das Tafel-Mobil, um mehr Menschen zu erreichen. Das Einzugsgebiet der Tafel in Ludwigsburg umfasse unter anderem Remseck, Freiberg, Tamm, Möglingen, Asperg, Schwieberdingen und Markgröningen. Das Tafel-Mobil sei bestellt und werde vermutlich ab Oktober zum Einsatz kommen. Es sollen 14-15 Standorte pro Woche angefahren werden. Für den Betrieb des Fahrzeuges erhoffe sich der Geschäftsführer Zuwendungen und zusätzliche Lebensmittelpenden. In den auswärtigen Gemeinden müssen Standorte für das Mobil festgelegt werden.

EBMin **Schmetz** gibt zu bedenken, dass nicht genau bekannt sei, wie viele Personen in Ludwigsburg von Armut betroffen seien. Ungefähr 20% der Kinder seien Transferleistungsempfänger oder leben an der Armutsgrenze. Sie bedankt sich für das Engagement der Tafel und aller Mitarbeiter. Anschließend eröffnet EBMin Schmetz die Aussprache.

Stadtrat **Medinger** halte die Tafel für eine der segensreichsten Einrichtungen der Stadt. Das Unternehmen müsse unternehmerisch geführt werden, wenn auch nicht profitorientiert. Er lobt die guten Entwicklungen, das Akquirieren von Sponsoren und fragt, wie sich das Tafel-Mobil finanziere.

Stadtrat **Meyer** erinnert auch an die älteren und behinderten Menschen und befürwortet das Tafel-Mobil. Er regt an, die Informationen über die Pflegedienste zu verteilen. Es sei nicht einfach so viel Geld über Sponsoren aufzubringen und er empfehle der Tafel sich auch an die Fundraising-Stelle zu wenden. Ein Stück weit sei es Aufgabe des Kreises und der Kommunen. Es gehe nicht nur darum einen Standort in der Nachbarkommune zu haben, sondern ebenfalls um deren finanzieller Unterstützung.

Auch Stadträtin **Moersch** honoriert die wertvolle Arbeit der Tafel.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** bedauert, dass es so viele Notleidende gebe und halte die neue Struktur, zu den Menschen zu kommen, für sehr gut.

Stadträtin **Dötterer** schließt sich den Vorrednern an.

Stadtrat **Taskin** regt an, zu klären, ob das Verkaufen auf den öffentlichen Flächen erlaubt sei.

In Ludwigsburg werde eine Lösung bezüglich der Standorte und des Verkaufens gefunden werden, ergänzt EBMin **Schmetz**.

Der **Geschäftsführer** erläutert, dass das Tafel-Mobil von der Bürgerstiftung, weiteren Stiftungen, Privatpersonen, Unternehmen und Spenden von Ehrenamtlichen unterstützt werde. Für die Betriebskosten werden Sponsoren gesucht. Die Routen und Standorte des Mobils werden fest geplant. Man werde auch auf die Kirchengemeinden zugehen. Standorte auf Park- und Sportplätzen wären denkbar.

Beschlussvorschlag:

Der Sport- und Kulturverein Eglosheim e. V. erhält für die Sanierung seiner vereinseigenen Dusch- und Umkleideräume einen Zuschuss (50 % der anrechenbaren Kosten) in Höhe von gerundet 83.000 € sowie einen Zuschuss für Eigenleistungen in Höhe von 2.000 €.

Der Verein erhält höchstens 85.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 11 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen einstimmig gefasst.

Beratungsverlauf:

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein.

Sport sei eine essenzielle Säule der Stadtgesellschaft und müsse unterstützt werden, ergänzt Stadträtin **Shoaleh**.

Auch Stadtrat **Meyer** stimmt der Vorlage zu und lobt die Jugendarbeit des Vereins.

Stadträtin **Akin** spricht ihre Wertschätzung aus und stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** weist darauf hin, dass die Sportförderrichtlinien überarbeitet werden müssen, und lobt die hohe Eigenleistung des Vereins.

Stadträtin **Dötterer** und Stadtrat **Taskin** stimmen der Vorlage ebenfalls zu.

EBMin **Schmetz** lässt über die Vorlage Beschluss fassen.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** leitet in den Tagesordnungspunkt ein und begrüßt besonders Bürgermedaillenträger Herrn Herbert Babel, der sich jahrzehntelang ehrenamtlich engagiert hatte.

Die **stellvertretende Leiterin** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport erläutert, dass Ludwigsburg seit 2011 fair sei. Die Zertifizierung sei ein bedeutender Meilenstein in einem kontinuierlichen Prozess und soziale Gerechtigkeit im Handel eine fortwährende Aufgabe.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport berichtet anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, über die Zertifizierung als Fairtrade-Stadt. Der Weltladen in Ludwigsburg werde größtenteils ehrenamtlich betrieben. Ludwigsburg sei die 32. Stadt gewesen, die sich Fairtrade-Stadt nennen durfte, heute seien es mittlerweile über 900 Städte. Wesentlich sei die nachhaltige Beschaffung. Um die Stadtgesellschaft zu mobilisieren und die Wirtschaft zu erreichen, sei die Vorbildfunktion der Stadt wichtig. Die Fairtrade-Stadt Campagne sei eine Handlungsoption, um die Nachhaltigkeitsziele der UN umzusetzen. In der Steuerungsgruppe seien Vereine, Schulen, Institutionen und engagierte Einzelpersonen vertreten, die sich zweimal im Jahr treffen. Die Stadt habe eigene Produkte, die mitbeworben werden, wie die Favorite Mango, der Barock-Kaffee und der Barock-Genuss (Schokolade).

Stadtrat **Medinger** wünscht weitere gute Ideen zur Weiterentwicklung.

Stadträtin **Dr. Traub** gratuliert zu dem Titel. Das Konzept sei 2001 aus England gekommen und fordere einen dauerhaften Prozess. Sie bedankt sich bei allen Anbietern und Käufern von Fairtrade-Produkten in Ludwigsburg. Das Saarland habe am 20.02.2025 einen Antrag gestellt auf das 1. Fairtrade-Bundesland. Sie würde sich das auch für Baden-Württemberg wünschen.

Stadträtin **Akin** blickt stolz auf die letzten Jahre zurück. Fairness bedeute noch mehr, wie Zusammenhalt, Partnerschaft und Vernetzung. Sie bedankt sich für das Engagement aller Beteiligten.

Stadtrat **Gekeler** schließt sich den Vorrednern an und möchte wissen, wieviel Geld eingenommen werde.

Die **Mitarbeiterin** des Fachbereichs erläutert, dass die Stadt direkt keine Einnahmen generiere, der Weltladen könnte mitteilen, was er einnehme. Es gebe Daten für Deutschland bezüglich des Gesamtumsatzes, aber leider nicht für Ludwigsburg. Am Beispiel Kaffee seien es 5 von 100 getrunkenen Tassen, die fair gehandelt wurden.

Stadträtin **Dr. Traub** regt an, transparent darzustellen, wieviel Prozent des Preises bei den Menschen direkt ankomme.

EBMin **Schmetz** bedankt sich bei der motivierten Steuergruppe.

Beschlussvorschlag:

Vorbehaltlich der Genehmigung des Bauantrages erhält der Sport- und Kulturverein Eglosheim e. V. für den Bau von zwei Padel-Plätzen bei Kosten in Höhe von rund 200.000 € einen Zuschuss zu den anrechenbaren Kosten von bis zu 60.000 €.

Abstimmungsergebnis:

Die Abstimmung erfolgt offen.

Der Beschluss wird mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 0 Enthaltungen mehrheitlich gefasst.

Beratungsverlauf:

Der **Leiter** des Fachbereichs Gesellschaftliche Teilhabe, Soziales und Sport geht auf die Vorlage ein und beantwortet die Fragen des Gremiums. Bereits vor Corona hatten Vereine Interesse an dem neuen Trend gezeigt.

Stadträtin **Shoaleh** bedauere, dass die Grünen-Fraktion sich aufgrund der äußerst angespannten Haushaltslage gezwungen sehe den Antrag abzulehnen. Der Haushalt sei nur unter Auflagen genehmigt worden, welche zu grundlegenden Diskussionen über die Sportförderung und freiwillige Leistungen geführt haben. In diesem Zusammenhang wurden Einsparungen und Erhöhungen beschlossen. Die Fraktion halte es deshalb nicht für vertretbar einen Zuschuss für eine Trendsportart zu gewähren, deren langfristige Entwicklung ungewiss sei und die vielleicht nicht zur Integration beitrage. Stadträtin Shoaleh legt dar, dass man anderen von Einsparungen betroffenen Vereinen gegenüber fair sein wolle. Sie hoffe der SKV habe Verständnis für die Entscheidung.

Stadtrat **Meyer** ist der Meinung, dass Offenheit gezeigt werden müsse. Der SKV engagierte sich sehr in der Jugendarbeit und die CDU-Fraktion möchte den Verein unterstützen.

Stadträtin **Moersch** hält das Angebot für junge Menschen sehr ansprechend und ist der Meinung, dass neue Wege gegangen werden müssen um als Verein attraktiv zu bleiben.

Stadtrat **Prof. von Stackelberg** erläutert, dass die Sportart durchaus kommunikativ und teamfördernd und nicht nur eine Trendsportart sei. Er fragt, weshalb die Baufreigabe noch nicht erteilt wurde und wer die Stellplätze und Zufahrten bezahlen und errichten werde. Er erwähnt, dass sich eventuell noch Sponsoren finden lassen könnten.

Der Trend spreche dafür, stellt Stadträtin **Dötterer** fest und stimmt der Vorlage zu.

Stadtrat **Taskin** erwähnt, dass die Versiegelung der Grünfläche weh tue und fragt, ob andere Vereine den Platz testen können.

EBMin **Schmetz** ergänzt, dass die Vereine verpflichtet seien geplante Maßnahmen frühzeitig zu melden und die Mittel mit der Genehmigung des Haushalts vom Regierungspräsidium genehmigt wurden. Investitionskosten können nicht in den laufenden Etat fließen und die Förderung hätte nicht stattdessen dem Kulturbereich für den laufenden Betrieb zur Verfügung gestellt werden können.

Der **Fachbereichsleiter** ergänzt, dass die Baugenehmigung erwartet werde. Die gesamte Maßnahme (auch die Parkplätze) werde vom Verein finanziert. Er gehe davon aus, dass auch andere Vereine die Plätze testen dürfen.

Anschließend lässt EBMin **Schmetz** über die Vorlage abstimmen.

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** führt in den Tagesordnungspunkt ein. Das Projekt habe vor 5 Jahren gestartet mit dem Ziel den Übergang zu optimieren.

Der geschäftsführende **Schulleiter** für die Grundschulen und das SBBZ (Sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum) stellt anhand einer Präsentation (vgl. Anlage zum Protokoll) die Kooperationsvereinbarung vor. Viele Koordinierungsprozesse seien zur Optimierung erforderlich. Derzeit werde einer Grundschule für den Arbeitsbereich Kooperation mit Kitas 1 Schulstunde im ganzen Schuljahr zur Verfügung gestellt. Bei eventuell 14 Kitas im Einzugsbereich der Grundschule, sei diese 1 Schulstunde äußerst wenig. In Ludwigsburg seien Kinder in Kitas, die später in einem anderen Schulbezirk eingeschult werden.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Bildung und Familie führt in der Präsentation fort und gibt Einblick in die Inhalte der Vereinbarung und die Prozesse. Gegenseitige Information sei wichtig, auch für die Eltern, unklare Absprachen führen zur Unzufriedenheit. Man habe die klare Empfehlung gegeben die Kooperation bereits im vorletzten Kindergartenjahr zu starten, damit es zeitlich nicht zu knapp werde. Der Datenschutzaspekt wurde ausgearbeitet und die kindbezogenen Daten müssen nach der Einschulung gelöscht werden. Der Fachbereich werde sich als zentrale trägerübergreifende Anlaufstelle positionieren, um bei Bedarf vermitteln zu können. Im Hauptteil der Vereinbarung stehen 12 Standardprozesse, welche bei allen Kindern greifen, unabhängig der individuellen Voraussetzungen. Die 7 Zusatzprozesse gelten nicht für alle Kinder gleichermaßen, sondern decken spezielle Bedarfe ab.

Stadtrat **Medinger** stellt fest, dass die Grundschulen kaum Ressourcen hätten für die Bewältigung des Kooperationsprozesses. Er zweifelt an der Idee der Juniorklassen (Klassen, die zur Grundschule führen sollen) und des SprachFit-Programms. Er mache sich in diesem Bereich große Sorgen bezüglich Unterfinanzierung, Überprogrammierung und zum Teil Überregulierung.

Stadträtin **Bilger** bedankt sich bei allen für Ihre Arbeit an der Kooperationsvereinbarung und findet einheitliche Standards und für alle gültige Verfahren richtig und gut. Sie habe die Vereinbarung gelesen und stellt fest, dass die Schulen feste Deputatstunden haben. Da aber die Anzahl der Kinder in den Einrichtungen variere, könne nicht sichergestellt werden, dass jedes Kind die gleiche Anzahl an Stunden bekomme. Sie fragt, ob es eine Mindestanzahl an Besuchen für jede Kita vorgesehen sei und von wie vielen schulbezirksfremden Kindern man ausgehe. Grundsätzlich sei wichtig, dass die Entscheidungskompetenz bei den Kindertageseinrichtungen liege, da die pädagogischen Fachkräfte die Kinder viele Jahre kennen und Förderbedarfe frühzeitig erkennen können.

Stadträtin **Moersch** überzeuge die Kooperationsvereinbarung mit den präzisen und gut abgestimmten Standardprozessen, die evaluiert werden. Die Hoffnungen, Sorgen und Ansprüche der Eltern werden ebenfalls eine Rolle spielen, um am Ende einen guten Weg für jedes einzelne Kind zu finden.

Stadtrat **Gekeler** bekräftigt, dass das Ziel sei, dass alle Kinder mit den gleichen Chancen in die Schule starten. Er möchte wissen, wie Personal abgestellt werde und wer zusätzliche Kosten trage.

Der Übergang von der Kita in die Grundschule sei ein wichtiger Bestandteil, bestätigt Stadträtin **Dötterer** und bedankt sich für die Ausarbeitung der Vereinbarung.

EBMin **Schmetz** ergänzt, dass das SprachFit Programm dem Modell der Stadt widerspreche. In Ludwigsburg sei mit der pädagogischen Hochschule ein alltagsintegriertes Sprachförderkonzept für die frühkindliche Bildung entwickelt worden. Das SprachFit Modell des Landes sei zentralisiert bei dem fremde Personen die Kinder aus dem sozialen Kontext holen. Die Erfahrung zeige, dass dieses Vorgehen die Kinder unruhiger mache. Bei den Juniorklassen müsse abgewartet werden, ob dies ein neuer Begriff für die bisherigen Grundschulförderklassen sei. Kinder können auch wieder zurückgestellt werden und ein Jahr länger im Kindergarten bleiben. Grundsätzlich gebe das Kinderbetreuungsausbaugesetz (KiTaG) die Verantwortung den Gemeinden. Nach dem Bundesgesetz müsse Bildung und Betreuung sichergestellt werden, was auf die Länder delegiert wurde. Die Länder haben das Recht eine Regelung vor Ort zu finden (Nutzung Länderklausel), was das Land Baden-Württemberg getan habe und dementsprechend die Verantwortung an die Kommunen abgebe. Das Land sei verpflichtet zwei Drittel der Kosten zu tragen. Im Ü3 Bereich sei man deutlich weg von dieser Finanzierung, was auch daran liege, dass 2004 die Zuschüsse für den Kita-Bereich Ü3 eingefroren wurden. Damals habe man geglaubt, dass die Kinderzahlen zurückgehen würden. Die Zahlen haben sich aber deutlich ausgeweitet, im Durchschnitt im Land um 1 Prozent. In unserer Region

TOP 5 Kooperationsvereinbarung zwischen
Kindertageseinrichtungen und Grundschulen
in Ludwigsburg
- mündlicher Bericht

stieg die Zahl auf über 20-30 Prozent. Die frühkindliche Bildung habe das Ziel eine Schulreife herzustellen, damit Kinder in der Schule zurechtkommen. Diese Aufgabe sei tief im Kindergarten implementiert und deshalb nehme sich die Stadt der Aufgabe an. Sich mit diesem Thema nicht auseinanderzusetzen, sei im Kindergarten keine Option, betont EBMin Schmetz. Das Land erlasse ein neues Gesetz, oder eine neue Verordnung (wie SprachFit) und stelle aber keine Mittel für den zusätzliche Aufwand zur Verfügung.

Der geschäftsführende **Schulleiter** erwähnt, dass das Land Besserung mit dem neuen Schulgesetz gelobt habe, was die Deputatstunden betreffe. Es sei dennoch schwierig und man müsse sich auf die Kinder mit den größeren Schwierigkeiten konzentrieren. In der Kooperation müsse man sich auf das Urteil der Fachkräfte in der Kita verlassen.

Ein **Mitarbeiter** des Fachbereichs Bildung und Familie fügt hinzu, dass schulbezirksfremden Kinder im Vorschulalter ein Wechselwunsch in einen Kindergarten im schuleigenen Bezirk angeboten werde. Die Zahl der schulbezirksfremden Kinder liege unter 5 Prozent. Die Schule im Kitabezirk führe die Kooperation mit der Kita durch und gebe bei schulbezirksfremden Kindern die Informationen an die zukünftige Schule weiter.

TOP 6 Programm KiFa - Vorstellung des Projektes
Elterntalk
- mündlicher Bericht

Beratungsverlauf:

EBMin **Schmetz** leitet in den Tagesordnungspunkt ein.

Zwei **Mitarbeiterinnen** des Fachbereichs Bildung und Familie stellen anhand einer Präsentation, die dieser Niederschrift beiliegt, das Projekt vor. Medienerziehung sei für Eltern eine große Herausforderung. Eine Studie vom medienpädagogischen Forschungsinstitut habe gezeigt, dass der richtige Umgang mit Medien eines der wichtigsten Themen für Eltern sei, gleich nach den Erziehungs- und Gesundheitsfragen. Eltern sollen durch einen Austausch für und unter Eltern gemeinsam Strategien und Lösungswege für die Medienerziehung entwickeln. Das Projekt werde seit 2001 sehr erfolgreich an 43 Standorten in Bayern und seit 2016 in Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Seit 2024 sei die „Aktion Jugendschutz“ Projektträger. Elterntalk werde von der Stiftung Kinderland Baden-Württemberg und aus Landesmitteln (die der Landtag beschlossen habe) gefördert. Ludwigsburg sei die erste Stadt in Baden-Württemberg, die mit dem Projekt gestartet sei. Es sollen künftig weitere Inhalte thematisiert werden. Das Ministerium ländlicher Raum wolle zum Thema Verbraucherschutz und Konsum Material zur Verfügung stellen.

Der **Leiter** des Fachbereichs Bildung und Familie unterstreicht, dass es zwar eine Vielzahl von Angeboten um das Thema Medienkompetenz gebe, aber Elterntalk sich an Familien richte, die man über den klassischen Elternabend nicht erreiche. Mit dem Programm KiFa konnten Grundstrukturen genutzt werden, um schnell an Menschen zu gelangen, die jetzt als Moderatorinnen fungieren.

Stadtrat **Medinger** erinnert, dass man auch von Medienbildung spreche, wenn Schüler den Senioren erklären, wie man ein Smartphone benutze. Der Druck auf die Kinder sei sehr groß. Er hoffe, es werden noch mehr Eltern teilnehmen.

Stadträtin **Bilger** informiert, dass die baden-württembergische Kultusministerin angekündigt habe, an Schulen Regeln für die Handynutzung einzuführen. Negative Einflüsse von Handynutzung seien bekannt. Sie fragt, wie die Reichweite des Programms Elterntalk erhöht werde, ob Kitas und Schulen eingebunden werden und ob das Programm auf Zeit ausgelegt sei.

Stadträtin **Moersch** ist schockiert über die genannten Zahlen. Schutzmaßnahmen müssen kommuniziert werden. Wenn Medienkonsum überhandnehme, habe dies Auswirkungen auf die Schule und den Lernerfolg. Sie wünscht viel Erfolg und halte Evaluation für wichtig.

Stadtrat **Gekeler** bestätigt, dass das Projekt weitergeführt werden soll und bittet ebenfalls um Evaluation. Kritisch sehe er eine Doppelstruktur, da Eltern für die Erziehung verantwortlich seien und mehr in die Pflicht genommen werden sollten. Ihn interessiert, ob durch Elterntalk Kinder weniger Medien konsumieren.

Eltern seien mit dem Thema überfordert, bekräftigt Stadträtin **Dötterer** und halte das Projekt für sehr sinnvoll.

EBMin **Schmetz** bekräftigt, dass die Eltern überfordert und unbedarft seien. Die Kosten des Programms fallen derzeit bei der „Aktion Jugendschutz“ an und die Stadt biete ihre Strukturen an.

Stadträtin **Shoaleh** möchte wissen, wie lange ein Talk dauert und ob die Moderatorinnen ehrenamtlich tätig seien.

Eine **Mitarbeiterin** des Fachbereichs Bildung und Familie erläutert, dass ein Talk auf zwei Stunden angesetzt, der Redebedarf aber sehr groß sei. Die Gruppengröße sei auf sechs Personen begrenzt. Die Aufwandsentschädigung der Moderatorinnen belaufe sich auf 50 € (inkl. Vorbereitung).

Auch Stadtrat **Prof. von Stackelberg** fragt, wie mehr Familien erreicht werden können.

EBMin **Schmetz** ergänzt, dass verschiedene Instrumente bei KiFa zusammenlaufen. Im klassischen KiFa-Modell schulen Mentorinnen die Eltern in 12 Einrichtungen in alltäglichen Themen und man habe die normalen Angebote in den Kitas. Über KiFa laufen verschiedene Treffpunkte, über deren Netzwerke informiert werde

TOP 6

Programm KiFa - Vorstellung des Projektes
Elterntalk
- mündlicher Bericht

(Mundpropaganda). Der Elterntalk sei vor sechs Wochen gestartet und werde vollständig finanziert. Sie halte das Projekt für lohnenswert, weitere Projekte, wie das wirtschaftliche Hilfesystem, sollen gestartet werden.